

Schließen. Von 195 Sowjets haben 110 auf drahtliche Anfrage ihr Votum für die Annahme der Friedensbedingungen abgegeben.

Auch der Petersburger Sowjet steht auf dem Standpunkt Lenins und der Ninesitsja. Das Blatt schreibt, daß der Verrat der russischen Bourgeoisie, die die Weiße Garde begünstigt und die Deutschen in das Land geholt habe, es nötig mache, Welt zu gewinnen, um ein neues Heer zu bilden.

Times entnehmen aus Petersburg: „Der Kongress der Bolschewiki-Partei hat beschlossen, den Namen der Partei in „russische kommunistische Partei“ abzuändern. Auch das Programm ist so geändert worden, daß die Partei nunmehr einen internationalen Charakter erhält.“

Wilson an den Moskauer Kongress.

Washington, 11. März. (Reuter.) Wilson schickte an den amerikanischen Konsul in Moskau folgende Depesche: Ich möchte die Gelegenheit des Aufkommens des Kongresses der Sowjets erwischen, um die aufrichtigste Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblicke auszusprechen, wo die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und ihn um seinen Erfolg zu bringen sowie die Wünsche Deutschlands an die Ziele der russischen Völker zu setzen.

Russisch-ukrainische Verhandlungen. Wien, 13. März. Das ukrainische Bureau meldet: Mehrere Wäutern zufolge begannen in Kiew die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine.

Zerstörte Bahnen.

London, 12. März. (Reuter.) Von zuverlässiger Seite berichtet, daß in der Nähe von Karlsruhe 70 Meilen östlich von Oßig, die Eisenbahnstrecke zerstört ist. Meldungen aus Gharbin besagen, daß jede Verbindung mit Westpreußen unterbrochen ist.

Der neue Bombenangriff auf Paris.

Reuter meldet aus Paris: Sieben feindliche Flugzeugschwärme haben am Montagabend 10 Uhr Paris angegriffen und Bomben auf verschiedene Punkte der Stadt abgeworfen. Es sind Menschen dabei verwundet und Schaden ist angerichtet.

Die Opfer des erneuten Luftangriffs.

Paris, 13. März. (Agence France.) Bei dem feindlichen Luftangriff wurden in Paris selbst 29 Personen getötet und 50 verwundet. In der Gegend wurden 5 getötet und 29 verwundet; 66 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden in der Gegend getötet, das in Folge des plötzlichen Schreckens am Eingange der Untergrundbahn entzündet, was die Menge in Panik versetzte. Besonders betroffen wurde ein Hospital, wo sechs Personen getötet und sieben verwundet wurden.

Luftangriff auf Neapel.

Berlin, 12. März. (Ansch.) Kasinenluftstreitkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März Hafenanlagen und militärische Einrichtungen von Neapel sowie die Eisenwerke von Cognoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Rom, 12. März. Der Luftangriff auf Neapel in der Nacht vom Sonntag auf Montag hat in ganz Italien außerordentlich überrascht und erschreckt. Die Militärbehörden haben sich dem Feinde möglichst widersetzt, so weit nach Süden vorzudringen, und überboten sich in Versicherungen, daß die feindliche Absicht, Neapel zu zerstören und die Bevölkerung zu verdrängen, das Gegenteil erreicht habe. Man weiß nicht, von welcher Art der oder die feindlichen Flugapparate waren. Die meisten glauben, daß es sich um ein Versuchsflugzeug handelte, das von Spalato, Cattaro oder Durazzo her das Adriatische Meer überflogen hat. Die betreffenden Entfernungen sind 332 bzw. 407 bzw. 448 Kilometer. Der Angriff fand um 1 Uhr nach Mitternacht statt und erfolgte aus sehr großer Höhe, so daß es, wie Admiral Sialani bemerkt, den feindlichen Piloten nicht möglich war, ihre Ziele genau zu erkennen. Es wurden 16 Tote und 50 Verwundete getötet. In einem Hause im Stadtviertel San Erasmo wurden 5 Personen getötet, 15 verwundet. Ferner wurden Häuser getroffen in der Via Roma, Via Municipio, Via Speranza, Via Conte di Nola, Piazza Concordia, bei der Treppe von San Mattia, bei Santa Maria Apparente. Getroffen wurden ferner die Kirchen Santa Brigida und San Nicola da Tolentino.

Landsdowne über die belgische Frage.

Aus dem am 5. März im Daily Telegraph veröffentlichten Briefe des Lord Landsdowne seien nach dem nunmehr vorliegenden Blatt zwei Stellen ausführlicher wiedergegeben. Mit Bezug auf die vom Grafen Hertling geforderten belgischen Garantien sagt der Lord nach Aufklärung der betreffenden Stelle in der Note des Papstes: „Wenn eine solche Garantie wirklich ist, was Hertling verlangt, um zu verhindern, daß Belgien Gegenstand oder Aufmarschgebiet feindlicher Wankens werden, so sollte es sicherlich nicht schwierig sein, ihn zufriedenzustellen. Lassen Sie mich hoffen, daß er im Laufe des Dialogs, der jetzt so weit fortgeschritten ist, ob es das ist, was er meint, oder ob er gänzlich andere in der Papstnote nicht angebotene Garantien im Sinne hatte, als er seine etwas unglückliche Formel aufsetzte. Dieser Punkt erfordert Aufklärung, da, wenn Hertling Angebot abgelehnt worden ist, dieses in erheblichem Grade auf der Interpretation beruht, die man seiner Versicherung bezüglich Belgiens gegeben hat.“

In Bezug auf die Frage der Gebietstransaktionen von einer Macht auf die andere in der Gegend des Belgischen Nordens, daß nach der deutschen Forderung einer Herausgabe der während des gegenwärtigen Krieges besetzten belgischen Gebiete der Rückgabe einer Friedenskonferenz nichts im Wege steht und die Entscheidung über alle sonstigen, um die künftigen Kriege willen beanspruchten Veränderungen des alten belgischen Bestandes, die eben seines Grades auf einem ganz anderen Punkte stehen, dieser Konferenz überlassen

bleiben sollte. Der Brief sagt bezüglich dieser von Frankreich, Italien und England geforderten territorialen Veränderungen: „Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß dieselben auf dem gleichen Niveau stehen, aber sie sind dem Wesen nach beschaffen von den Ästien, bei denen es sich lediglich um eine Zurechtweisung handelt“ und fragt: „Wissen nicht, wenn wir, wie der Premierminister gesagt hat, am Ende des Krieges einen großen internationalen Friedenskongress haben werden, die zur letzten Klasse gehörenden Fragen demselben untermedialwertweise überlassen werden?“

Lord George hat einen speziellen Vorschlag hinzugefügt, dem sich Präsident Wilson anscheinend anschließt, daß die Frage der deutschen Kolonien, eine äußerst schwierige und delikate Frage, einem derartigen Kongresse vorbehalten bleiben sollte. Der Brief schließt: „Glaube jemand, daß diese Fragen geregelt werden könnten, und zwar innerhalb eines vernünftigen Zeitraums, während der Krieg noch wüthet? Können wir denn jetzt mehr tun, als im voraus die Grundzüge aufzustellen, nach denen der Friedenskongress diese Fragen behandeln wird, und können wir die vom Präsidenten vorgeschlagenen Grundzüge, die anscheinend beide Seiten anzunehmen nicht abgeneigt sind, verbessern?“

Neue U-Bootsbeute.

Berlin, 12. März. Amlich. Neue U-Bootsbeute auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, 19 500 Brutortsgestirnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer Rodpool, 4502 Brutortsgestirnen, der 6000 Tonnen Getreide und 615 Tonnen Stahlwaren geladen hatte. Der Kapitän des Schiffes wurde gefangen eingebracht. Zwei weitere 5000 Brutortsgestirnen große Dampfer wurden vor dem Versinken durch Verminen verfehlt, davon einer, wahrscheinlich amerikanischer Nationalität, aus einem einlaufenden, stark gesicherten Geleitzuge heraus.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Besatzung des Gesaders.

Amsterdam, 12. März. Die Times melden aus Valparaiso: Die holländischen Behörden haben die Besatzung des Gesaders beschlagnahmt. Die Besatzung selbst wird als schiffbrüchige Seeleute betrachtet und nicht interniert.

Finnlands nächste Ziele.

Das Programm der finnischen Regierung umfaßt nach Erkundigung der Volk. Stg. an zuständiger Stelle:

- 1. Säuberung Finnlands von den Bolschewiki,
2. die Lösung der Alandsfrage,
3. Regelung der Verhältnisse zu Ost-Karelen.

Die Schweden haben, so heißt es in den Mitteilungen, das Recht verweigert, auf die Alandsinseln Ansprüche zu erheben. In unserer bittersten Not haben wir die Schweden wiederholt angefleht, uns gegen bolschewistische Plünderungen zu Hilfe zu eilen. Statt der Hilfe erfolgte aber das Verbot der Durchfuhr und des Verkaufs von Waffen. Als Schweden zum Schutze seiner Staatsangehörigen drei Expeditionen nach den Alandsinseln sandte, nahm es nur seine eigenen Interessen wahr. Wir wären mit den Russen aus ohne die Schweden fertig geworden, so daß die Dazwischenkunft der Schweden der gegenwärtigen schwedischen Regierung keinerlei Rechte verleiht, Ansprüche auf die Inseln zu erheben. Was endlich Ost-Karelen betrifft, so beansprucht Finnland nicht bloß Ost-Karelen, sondern auch Kola bis zum Werresaugange. Wenn nicht ein Groß-Finnland einschließlich Ost-Karelen geschaffen wird, dann werden sich, so wird von finnischer Seite erklärt, die Engländer für ewige Zeiten in Kola festsetzen und von dort aus Finnland beständig bedrohen. — Man muß sich also nach all diesen Ansprüchen auf eine finnisch-schwedische Spannung gefaßt machen.

Ueber Kopenhagen wird gemeldet, daß die revolutionäre Regierung sich nicht mehr in Helsinki sicher fühlt und nach Schweden überflücht, nachdem sie vorher die dort befindlichen ukrainischen und polnischen Soldaten, die dort interniert gehalten wurden, entlassen. Man glaubt jedoch nicht, daß diese Festung lange imstande ist, sich zu halten, da nur geringe Munitionsvorräte vorhanden sind.

Ein deutsch-polnisches Verständigungsprogramm.

Aus den Kreisen der Mehrheitsparteien des Reichstags erfüllt das V. Z. folgendes:

Die zunehmende Verschärfung des deutsch-polnischen Gegensatzes im Königreich Polen legt es beiden Teilen nahe, eine Grundlage für eine möglichst dauernde Verständigung zu finden, die den beiderseitigen Interessen loyal Rechnung trägt. In diesem Sinne suchen und fänden die polnischen aktivistischen Kreise, vermittelnd nicht ohne Wissen des Regimentskabinetts, die Verständigung mit der deutschen Reichstagsmehrheit. Ihre Vorschläge haben vorerst in Berlin Besprechungen mit mehreren Abgeordneten, darunter mit Raumann und Treckert von Rechenberg, und gefolgt wurden die schriftlich formulierten Vorschläge in einer gemeinsamen Sitzung der Reichstagsmehrheit geprüft. Das sich allmählich verdichtende Resultat dieser Verhandlungen geht ungefähr dahin, daß vom polnischen Staat die westlichen Grenzen, wie sie vor dem Kriege bestanden, als definitiv anerkannt werden und ferner die grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen werden soll, der Frage des Beltrags Polens zum mitteleuropäischen Verbände näherzutreten. Hinsichtlich würden die Mehrheitsparteien des Reichstags, vermittelnd gleichfalls nicht ohne Billigung der Reichsregierung, bereit sein, dafür einzutreten, daß entgegen den alldeshen Forderungen von jeder Annexion polnisches Gebietes Abstand genommen werden soll, und daß insbesondere die Forderung der Polen in der Cholmer Frage eine möglichst weitgehende Berücksichtigung erfahren sollen. Des weitern soll dem polnischen Staat im Sinne des Selbstbestimmungsrechts die Möglichkeit gegeben werden, sich nach Osten in der Richtung nach Bessarabien, etwa dem Rinfleer Gebiet, wo es wichtige polnische Interessen gibt, auszudehnen, um dadurch einen breiten Korridor zwischen Litauen und der Ukraine nach Rußland zu bekommen. Endlich soll nach dem Wunsch der Mehrheitsparteien dem polnischen Staat die möglichst schnelle Inbetriebsetzung der gesamten Staatsverwaltung, soweit zugänglich, erleichtert werden. Inzwischen sind noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden und gewisse Vorbedingungen zu erfüllen, bevor die Mehrheitsparteien des Reichstags sich bereit finden werden, eine verbindende Zusage zur Unterzeichnung dieser Vorschläge zu geben. Die polnische Erklärung, welche die Anerkennung der westlichen Grenzen auspricht, müßte den Wünschen der Reichstags-

mehrheit entsprechend umformuliert werden, außerdem dürften sich über manche Einzelfragen, wie z. B. diejenigen, welche die polnisch-litauische Grenzlinie betreffen, nach Meinungsüberlegungen ergeben. Vor allem aber ist die Reichstagsmehrheit der Ansicht, daß ein Beschluß von ihr nicht gefaßt werden könne, bevor nicht die deutsche Regierung mit der Ost-reichisch-ungarischen ein Einverständnis erzielt habe. Eine Aussprache zwischen Berlin und Warschau müßte jeder weiteren Behandlung der Angelegenheit durch den Reichstag vorangehen. Dann aber wird es in den Kreisen der Reichstagsmehrheit auch mit Recht für notwendig gehalten, daß die polnischen Vorschläge zuerst in Warschau offiziell veröffentlicht werden, und daß somit eine feste Grundlage geschaffen werde, bevor sie zu einer Stellung nimmt.

Die Parteiführer beim Reichstagskongress.

Wie das V. Z. hört, fand Dienstag nachmittag eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstags statt. Abends wurden die Parteiführer und das Präsidium des Reichstags vom Reichstagskanzler zu einer Aussprache empfangen. Es handelte sich dabei um die Ostfrage, über die sich die Parteiführer mit dem Reichstagskanzler unterhielten, ferner um die neue Kreditvorlage und die bevorstehende Kriegsanleihe.

Preise für Hülsen-, Hack- und Vellfrüchte.

Von dem Reichsernährungsamt wird mitgeteilt: Die im Vorjahre war es geblieben, vor Beginn der Weltkriege die Preise für die wichtigsten Erzeugnisse aus der kommenden Ernte festzusetzen. Die Erhebungen, insoweit die bisherigen Getreidepreise in künftigen Wirtschaftsjahren beibehalten werden können, sind nicht abgeschlossen. Die im Interesse der Volksernährung dringende gebotene Förderung des Hülsen- und Hackfrüchtelebens erfordern indes die allbaldige Regelung der für diese Früchte vorgeschriebenen Preise. Eine am 6. März 1918 ergangene Verordnung des Bundesrats legt daher zunächst die Erzeugerpreise für Hülsen- und Hackfrüchte fest, während die Festsetzung der Getreidepreise noch vorbehalten bleibt.

Die Verordnung schließt sich in ihrem Aufbau der bisherige Regelung unter Fortführung der Getreidepreise an. Die bereits früher in Aussicht gestellt, baut sich der Kartoffelpreis wie im Vorjahre auf einen Grundpreis von 8 M. für den Zentner Frühkartoffeln und 6 M. für den Zentner Spätkartoffeln auf. Nach der Anbaugang und bei Frühkartoffeln auch nach der Anbaugeschwindigkeit ist die Festsetzung von Zuschlägen vorgesehen.

Der Zuckerrübenbau ist im vorigen Jahre etwas zurückgegangen, obwohl durch Erhöhung des Rübenpreises auf 2,50 M. für den Zentner und Freigabe von Schmelz und der Melasse in vermehrtem Umfange ein erhöhter Anreiz zum Anbau gegeben war. Im Interesse der Zuckerverarbeitung der Bevölkerung und der allgemeinen Bodenkultur mußte angesichts der erheblichen Verschärfung, welcher der Rübenbau im neuen Wirtschaftsjahre ausgesetzt liegt, und unter Berücksichtigung des insofern Mangels an künstlichem Dünger zu erwartenden Minderertrages auf das Feld um einen weiteren Rückgang der Anbaufläche entgegengewirkt werden dem durch die Verordnung vom 2. Februar 1918 (Reichsgesetzbl. S. 69) auch für das laufende Jahr eingeführten Anbauverbot und der erweiterten Freigabe zuckerhaltiger Futtererzeugnisse der Zuckerrübenpreis auf 3 M. erhöht werden.

Die übrigen Rübenpreise halten sich in angemessenem Verhältnis zum Kartoffel- und Zuckerrübenpreis. Bei den Kohlrüben ist, da die gelben Kohlrüben geringere Erträge als weiße liefern und von den Verbrauchern als wertvoller bedurgt werden, zwischen gelben und weißen Kohlrüben unterschieden worden. Der Preis für die gelben Kohlrüben ist auf 2,25 M. festgesetzt, bei dem der Anbau lohnend gehalten wird. Bei den weißen Kohlrüben und den Futterrüben wurde der bisherige Höchstpreis von 1,50 M. beibehalten; dieser Preis ist neu auch für Wasserertrug festgesetzt. Für Futterertrug ist, wie im Vorjahre, der Preis in Höhe des Zuckerrübenpreises festgesetzt.

Bei Hülsenfrüchten wurden die bisherigen Preise, den gesteigerten Produktionskosten entsprechend, und um dem Anbau zu bringen nötige Förderung angeheben zu lassen, im allgemeinen um 100 % für die Linsen erhöht. Für die Lupinen wurde angesichts der wachsenden Bedeutung, die die Lupine im Hinblick auf die Steuerung der Fein- und Feinmehlproduktion neuerdings gewonnen hat, ein Kornpreis von 500 M. festgesetzt. Für den Dorschzuchtbau muß die Fruchtfolge zeitigstens eingeleitet werden. Die Verordnung sieht daher im Interesse einer weiteren Verknüpfung des Dorschzuchtbaus vor, daß die für die Frucht der Ernte 1918 festgesetzten Preise auch für die nächstjährige Ernte gelten.

Die Verhältnismäßigkeitsvorlage.

Der Reichstag hat nach seinem Wiederzusammentritt sich für die nächsten Tage mit Kleinarbeiten zu befassen. Das wichtigste wird freilich ihrer sachlichen Bedeutung wegen nicht die Vorlage rechnen, die eine Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten um 44 und die Einführung der Verhältnismäßigkeitswahl in großen Reichstagswahlkreisen bringt. Der Entwurf stellt ein Entgegenkommen an die Arbeit des Verhältnismäßigkeitsausschusses dar, und dieser Umstand wurde von den bürgerlichen Parteien der Mehrheit, von dem Zentrum und den Sozialdemokraten mit dem Reichstagspräsidenten Müller-Reginien, gebührend unterstrichen. Sie nannten ihn ein Stück europäischer Modernisierung und einen ersten Erfolg. Der Reichstagspräsident, Genosse Gradnauer, mußte freilich etwas zurückhalten in diesen Worten. Er wies darauf hin, daß diese Vorlage mit einer Fülle von Fragen verbunden ist, die im Interesse des Staats gebotener Weise nicht ohne weiteres gelöst werden können. So ist der Verdacht nicht ganz abzuweisen, daß politische Absichten doch mit an der Wiege des Entwurfes standen haben. Wir hätten eine großzügigere Reform gewünscht, und der Hinweis auf England, das mitten im Weltkrieg eine große Wahlreform vorgenommen und jedes Wahlbezirk Frauen das Stimmrecht gegeben hat, während wir bestenfalls den Entwurf, daß jetzt nicht die Zeit sei zu grundsätzlichen Verbesserungen unserer Wahlrechts. Wir werden uns jedoch im Ausschuss Verbesserungen an der Vorlage vorbehalten und behalten uns die schließliche Entscheidung über die Vorlage vorbehalten. Mit dieser Entscheidung waren die Unabhängigen bereits fertig. Sie lehnten durch Dr. Erdmann das Abwehrrecht ab, in dem sie nur den heimtückischen Verlust haben, die Reform selber zu vereiteln. Doch aber diese Reform doch nicht für die Verbesserung des Wahlrechts bedeutet, sondern die Ausführungen des Konventionen v. Weizsäcker, die eine Vermehrung der Reichstagsmitglieder um 20 als das höchste Beweismittel gewährt werden könne. Die Vorlage ging an den Ausschuss.

Partial text from adjacent page containing names like 'Annel' and 'Frankf'.